

sz-online/Sächsische Zeitung, 19.10.2010, **Orosz will Gedenken an 13. Februar 1945 erweitern**, <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2590552>

Die Rathauschefin wirbt für eine Vielfalt des Gedenkens. Nicht nur der 13. Februar soll im Zentrum stehen.

Öffentliches Gedenken in Dresden darf nach Einschätzung von Oberbürgermeisterin Helma Orosz nicht auf den 13. Februar 1945 beschränkt bleiben. In einer Grundsatzrede warb die CDU-Politikerin am Montag im Rathaus für ihr Ziel einer vielschichtigen Erinnerungskultur. „Vielfalt bedeutet für mich – trotz der unbestrittenen Bedeutung des 13. Februars – Erinnerungskultur über die Nacht im Februar hinaus zu denken“, sagte Orosz vor rund 150 Zuhörern. In den vergangenen Jahren habe vieles „im Schatten dieses Datums“ gestanden. „Dabei bietet die Erinnerungskultur unserer Stadt so viel mehr, als ihre Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.“

Orosz sprach sich dafür aus, auch die Erinnerung an andere historische Ereignisse wach zu halten. Als Beispiele nannte sie die friedliche Revolution in Dresden, aber auch die Deportation von Juden aus der Stadt. Beides solle im öffentlichen Bewusstsein eine stärkere Rolle spielen. Orosz verwies zudem erneut auf die Kriegsschuld der Deutschen: „Der Krieg ist von Deutschland ausgegangen, und lange, bevor die Altstadt brannte, zog Rauch aus den Ruinen der Synagoge.“

Wie das öffentliche Gedenken künftig aussehen soll, ließ Orosz offen. Sie appellierte aber an die Dresdner Gesellschaft, ihre Vorstellungen einzubringen. Zudem lobte sie die vielfältigen Aktionen am 13. Februar dieses Jahres. Sie erwähnte die Menschenkette, das stille Gedenken auf dem Heidefriedhof, aber auch die Blockade des Neonaziaufmarsches vor dem Neustädter Bahnhof: „Das alles brachte die Vielfalt der Erinnerungskultur in Dresden zum Ausdruck. Und dieser Vielfalt sollten wir auch Raum geben.“

Orosz ließ offen, ob es ein Denkmal mit den rund 19000 bekannten Namen, der bei den Luftangriffen Getöteten geben wird. „Diese Diskussion läuft noch.“ Sie wies jedoch darauf hin, dass mittelfristig kaum noch Überlebende der Angriffe von den Schrecken erzählen könnten. Daher gelte es, eine Erinnerungskultur zu begründen, die politisch sei und nicht instrumentalisiert werde. (SZ/ale)